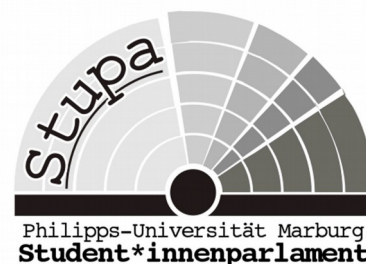


Student\*innenparlament Marburg  
- Vorstand -  
Erlenring 5  
35037 Marburg

Telefon: (06421) 1703-0  
Telefax: (06421) 1703-33  
stupa@asta-marburg.de

asta-marburg.de/stupa



### Protokoll 3. Sitzung des Student\*innenparlaments am 21.12.2016

Sitzungsleitung: Isabell Link

Anwesende:

**Fachschafpower-** Christine Möller, Verena Mailänder, Hannah Blümig, Aygün Habibova, Jan Paul Hölzel, Anna Siwec

**Jusos-** Isabell Link, Lars Lennart Ruttkowski, Anna-Lena Stenzel, Yannick Barnekow, Lea Braun, Johannes Röder

**ROSA LISTE-** Moan Zimmermann

**CampusGrün-** Beto Jarke, Johanna Kuhl, Phips Schlegel, Philip Eberhardt Stamm (für Caspar Engel), Simon Verbeet

**SDS-** Elisabeth Kula (bis 22:05), Dorian Tigges, Luisa Bischoff, David Weber

**LHG-** Nikolaus Grefe (bis 21:31 Uhr), Hanke-Friedrich Bokelmann (bis 21:52 Uhr), Niklas Hannott (bis 21:30 Uhr)

Entschuldigt:

Alina Ehlers, Tarek Shukrallah, Michael Redelberger, Finn Kalmus

#### **TOP0- Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Isabell begrüßt die anwesenden Personen und stellt bei 24 anwesenden Parlamentarier\*innen die Beschlussfähigkeit fest.

#### **TOP 1- Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung.**

Das Protokoll der vergangenen Sitzung wird mit 23 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

TOP 1 wird geschlossen.

#### **TOP 2- Genehmigung der weiteren Tagesordnungspunkt**

Dorian stellt den Antrag TOP 4 und 5 zu TOP 4 zusammenzufassen. Dorian begründet dies mit Zeitdruck und der Dringlichkeit des Antrags.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

Über die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Die Tagesordnung wird mehrheitlich bei 2 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen angenommen.

TOP 2 wird geschlossen.

#### **TOP 3- Bericht des AStA**

Die vier AStA-Vorstände berichten.

Philip berichtet von neuen Öffnungszeiten des Geschäftszimmers, welches nun auch donnerstags

von 14 bis 17 Uhr geöffnet ist.

Weiterhin wird von dem Prozess wegen identifizierender Berichterstattung gegen den AStA berichtet. Am 16.01. findet die Urteilsverkündung statt.

Johanna berichtet vom Treffen mit Evelyn Korn.

Tine berichtet von Fachschaftsräumen und Anwesenheitspflichten, die unrechtmäßig gerade wieder in verschiedenen Studiengängen eingeführt werden.

Tine berichtet vom AStA-Klausurwochenende.

TOP 3 wird geschlossen.

#### **TOP 4- Vertrag mit der VGWS für das Sommersemester 2017**

Cornelius bringt für das Verkehrsreferat den Antrag ein. Konditionen sind die des letzten Übergangsvertrages.

Ziel ist es mit der VGWS einen langfristigen Vertrag abzuschließen.

Dorian fragt, wann ein langfristiger Vertrag in Aussicht steht. Cornelius kann dazu keine verlässlichen Aussagen machen.

Es gibt keine Änderungsanträge.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 4 wird geschlossen.

#### **TOP 5- Änderung der Geschäftsordnung, 1. Lesung**

Es liegen zwei Änderungsanträge zur Geschäftsordnung vor von Aygün und Isabell. Aygüns überarbeitete Version der Geschäftsordnung wird zuerst besprochen.

Aygün bringt ihren Vorschlag vor.

Aygüns Antrag findet sich an dieses Protokoll angehängt.

Änderungsantrag zu §27 Abs. 1 Satz 3 wird von Aygün zurückgezogen.

Eine zehn minütige Pause findet statt. Die Sitzung wird um 21:42 fortgesetzt.

Aygün stellt GO-Antrag auf weitere zehn Minuten Pause. Dorian hält formale Gegenrede. Über Aygüns Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt. Bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Die Sitzung wird für weitere zehn Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21:52 fortgesetzt.

Als nächstes wird der Änderungsantrag zur Geschäftsordnung von Isabell behandelt.

Isabell stellt ihren Antrag vor. Es findet eine ausführliche Befragung und Diskussion statt.

Isabell zieht ihren Antrag zurück und stellt diesen in der nächsten Sitzung nochmal, damit sich die Parlamentarier\*innen damit auseinandersetzen können.

Der Antrag wird mit der nächsten Einladung nochmals verschickt.

TOP 5 wird geschlossen.

#### **TOP 6- Änderung der Geschäftsordnung, 2. Lesung**

Hinweis von Aygün: Änderungsanträge für das nächste Mal sollen per Mail verschickt werden.

#### **ÄA 1 von Luisa (SDS):**

§10 Abs. 1 zu ändern in: Ausnahmen sind  
streiche aus Satz 2 „hat“ in „muss“ zu ändern.

Streiche aus Satz 2 „oder nicht fristgerecht an die in §7 Absatz 3 genannten Personen bzw. Personengruppen versendet wurden,“

Über diesen Änderungsantrag wird abgestimmt.  
Bei 9 Ja, 5 Nein, 5 Enthaltungen angenommenen.

**ÄA 2 von Dorian bezüglich §23 (SDS)**  
ersetze „der Satzung“ durch „von Hauptanträgen“  
Mündliche Begründung erfolgt durch Dorian mündlich.

Über Dorians Änderungsantrag wird abgestimmt.  
Bei 8 Ja, 5 Nein und 6 Enthaltungen angenommen.

**ÄA 3 von David (SDS) bezüglich §30**  
1. Absatz 1 Satz 2: hier zu streichen „in der Regel“  
2. es soll neu eingefügt werden: „Der Vorstand ist befugt, Personen, denen Rederecht im Sinne des Absatz 1 Satz 2 erteilt wurde, bei Verstößen gegen die Sitzungsordnung wieder zu entziehen. Das Entziehen des Rederechts ist zu begründen.“  
Über den Änderungsantrag wird abgestimmt.  
Bei 15 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen angenommen.

**ÄA 4 von Aygün (FSP):**  
§30 I 3 neu einzufügen:  
„Weiteren Personen kann auf Antrag Rederecht erteilt werden.“

Über Aygüns Änderungsantrag wird abgestimmt.  
Bei 20 Ja, 1 Nein und 0 Enthaltungen angenommen.

**ÄA 5 von Johannes (Jusos):**  
§47 Abs. 3 Satz 2 soll nicht gestrichen werden.  
Nach Diskussion zieht Johannes seinen Änderungsantrag zurück.

**ÄA 6 von Dorian (SDS)** wurde obsolet, da er sich auf ÄA 5 bezog.  
Ändere im vorletzten Satz „können“ in „müssen“.

Geschäftsordnungs-Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Keine Gegenrede. Damit vertagt.  
TOP 6 wird geschlossen.

## **TOP 7- Anträge**

Dorian bringt seinen Antrag zum Thema Studiengebühren ein.

**ÄA 1 von Jan-Paul:**  
Das Zitat von Marx soll gestrichen werden.  
Dorian übernimmt das nicht.

**ÄA 2 von Jan-Paul:**  
Streiche Absatz 1 Satz 2.  
Dorian übernimmt das.

**ÄA 3 von Jan-Paul:**  
Absatz 3, Satz 1 ersetze „auf den Müllhaufen der Geschichte zu verbannen“ durch „abzuschaffen“.  
Dorian übernimmt das.

**ÄÄ 4** von Jan-Paul:  
„neoliberal“ zu streichen in Absatz 3.  
Wird nicht übernommen von Dorian.

**ÄÄ 5** von Jan-Paul:  
auch hier „neoliberal“ streichen.  
vor Wissenschaftsministerin davor das Komma zu streichen und ein „und“ einzusetzen und  
„sonstigen neoliberalen“ zu streichen.  
Wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 6** von Jan-Paul:  
ersetze „Müllbergung“ durch „Wiedereinführung“  
Das wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 7** von Jan-Paul:  
Absatz 3 Satz 6. Das Wort Randgruppen im nächsten Satz auch in Anführungszeichen.  
Wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 8** von Jan-Paul:  
Absatz 4 die letzten beiden Sätze (3 und 4) zu streichen.  
Wird nicht übernommen.

**ÄÄ 9** von Jan-Paul:  
Abs. 5, Satz 2  
„widersprechen ...auf Bildung“ ändern in „sind höchst problematisch und abzulehnen“ zu ändern.  
Wird nicht übernommen.

**ÄÄ 10** von Jan-Paul:  
fünftletztes Wort „Schnüffelei“ ändern in „Datensammelwut“  
Wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 11** von Jan-Paul:  
streiche Absatz 6  
Wird nicht übernommen.

**ÄÄ 12** von Jan-Paul:  
Abs. 7 Satz 1  
ersetze „so ging ...hervor“ in „aus ...ging hervor.“

**ÄÄ 13** von Jan-Paul:  
Streiche Absatz 8.

**ÄÄ 14** von Jan-Paul:  
Streiche Absatz 9 (Bummelstudenten)  
Wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 15** von Jan-Paul:  
Absatz 10 Satz 1 „jetzt“ nicht unterstreichen.  
Wird von Dorian übernommen.

**ÄÄ 16** von Jan-Paul:

„Kampf“ durch „demokratischen Widerstand“ ersetzen  
Wird von Dorian nicht übernommen.

**ÄA 17** von Jan-Paul:

Abs. 10 Satz 3 auch „Kampf“ durch „demokratischen Widerstand“ ersetzen.  
Wird ebenfalls nicht übernommen.

Antrag auf Verlängerung der Sitzung um eine Stunde durch Jan-Paul. Gegenrede formal von Phibs.  
Über die Verlängerung der Sitzung wird abgestimmt. Mehrheitlich angenommen.

Eine zehnminütige Pause von 23:17-23:37 Uhr findet statt. Die Sitzung wird von Isabell fortgesetzt.

Abstimmung über ÄA 1:

bei 0 Enthaltungen und 5 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung über ÄA 4:

6 Ja 12 Nein 2 Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Abstimmung zu ÄA 8:

3 Ja 15 Nein 2 Enthaltung. Damit abgelehnt.

Daraufhin zieht Jan-Paul den ÄA 9 zurück.

ÄA 11:

bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung abgelehnt.

**ÄA 18** von Anna:

auch inhaltlich betreffend ÄA 11 von Jan-Paul

ändere „rassistisch“ in „Nicht-EU-nationalstaatliche Bürger\*innen benachteiligende“

**ÄA 19** zu ÄA 18 von Dorian:

ÄA ersetzen durch „zudem rassistische Implikationen enthält“

Anna übernimmt das.

Dorian übernimmt ÄA 18 in veränderter Art und Weise.

ÄA 12 wird von JP zurückgezogen.

ÄA 13

Abstimmung

3 Ja, 6 Nein, viele Enthaltungen. Damit abgelehnt.

**ÄA 20** von Dorian zu sich selbst.

„postfaktisch“ zu ersetzen durch „falschen“.

**ÄA 21** von Aygün zu Jan-Pauls ÄA 16:

Ändere ersten Satz in letzten Absatz in „Aufgrund all dessen, ist es gerade jetzt wichtig, sich gegen anbahnende flächendeckende Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren zu stellen.“

Jan-Paul übernimmt. Dorian nicht.

ÄA 16 Abstimmung:

9 Ja 10 Nein 2 Enthaltung. Damit abgelehnt.

ÄA 17 wird von Jan-Paul zurückgezogen.

Über den Gesamtantrag in geänderter Form wird abgestimmt.

Mit 19 Ja-Stimmen angenommen.

*Studiengebühren stoppen! - Freie Bildung für Alle!*

*Antragssteller\*innen: Dorian Tigges (SDS.dielinke Marburg)*

*Unterstützer\*innen: Marco La Licata (StuRa Uni Heidelberg), Aljoscha Hartmann (StuRa Uni Freiburg)*

*Das 52. Student\*innenparlament möge beschließen:*

*Die Student\*innenschaft der Philipps-Universität Marburg verurteilt die Versuche erneut Studiengebühren in Deutschland einzuführen. Dies ist ein Akt struktureller Gewalt und die Student\*innenschaft wird sich diesen mit aller Kraft entgegen stellen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Bildung unabhängig von Einkommen, Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung oder Geschlecht. Jegliche Form von Studiengebühren, sowie alle andere Hochschulzugangsbeschränkungen stehen diesem Menschenrecht diametral entgegen.*

*Nachdem mit dem Bildungsstreik 2009 Student\*innen, Schüler\*innen und Dozierende durch Proteste von Hunderttausenden sowie massenhaften zivilen Ungehorsam es bereits einmal schafften Studiengebühren weitestgehend auf den Müllhaufen der Geschichte zu verbannen, arbeitet nun eine Koalition aus der Hochschulrektorenkonferenz und einer Wissenschaftsministerin aus Heidelberg und an einem Versuch der Wiedereinführung. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg - allen voran die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer - wollen Studiengebühren wieder einführen: Zunächst "nur" 650€ für ein Zweitstudium und "nur" 1500€ für Nicht-EU-Ausländer\*innen. Die Masse der Student\*innen soll im Glauben gelassen werden, dass sie diese Pläne nicht betreffen. Sie sollen glauben, dass sie noch einmal verschont bleiben würden. Doch die Student\*innen haben bereits die größere Tragweite der aktuellen Studiengebühren-Pläne erkannt und gehen gegen diese auf die Straße. Sie haben erkannt, dass zunächst Gebühren für vermeintliche „Randgruppen“ eingeführt werden sollen um insgesamt das Konzept von Studiengebühren in Deutschland wieder zu legitimieren. Die Studiengebühren für Nicht-EU- Ausländer\*innen, sowie für ein Zweitstudium sind daher nur die Vorstufe für allgemeine Studiengebühren. Hierzu passt, dass FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen auch bereits wieder die Einführung von Studiengebühren fordern.*

*Studiengebühren sind in jeglicher Form abzulehnen - egal ob diese nur für "Randgruppen", nur für spezifische Studiengänge oder nur für ein Zweit- oder ein Drittstudium erhoben werden. Auch nachgelagerte Studiengebühren lehnt die Student\*innenschaft entschieden ab. Bildungsgebühren widersprechen einerseits in jeder Form dem Menschenrecht auf Bildung wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Artikel 26 festgehalten ist. Andererseits widersprechen Studiengebühren aber auch dem Grundrecht auf Freie Berufswahl und sichern damit die personelle Kontinuität der Herrschenden in akademischen Berufszweigen. In einer der reichsten Wirtschaftsnationen kann jedoch in keinem Falle die Rede davon sein, dass Studiengebühren nötig wären um die Bildungsfinanzierung sicherzustellen. Also kann es für die Student\*innenschaft nur heißen: Bildung - von der KiTa bis zur Habilitation - muss kostenfrei sein. Auch Versuche den Erwerb von Bildung an rechtliche Pflichten nach Verlassen der Bildungsinstitution zu knüpfen - so etwa aktuell in Ungarn, wo Student\*innen staatlich gezwungen*

werden, nach Erwerb ihres Abschlusses zunächst für zehn Jahre in Ungarn zu bleiben - widersprechen dem Menschenrecht auf Bildung. Und damit nichtgenug, müssen auch die unabhängig von Studiengebühren schon bestehenden finanziellen und sozialen Hürden zur Aufnahme und Absolvierung eines Studiums fallen. Das betrifft einerseits die "versteckten" Studiengebühren, wie die aufgrund sinkender öffentlicher Finanzierung steigenden Abgaben für Studierendenwerke oder Verkehrsverbände sowie die sogenannten Verwaltungskostenbeiträge. Die öffentliche Hand ist in der Pflicht allen ein Studium in bestmöglicher Qualität finanziell zu ermöglichen und dabei auf die, auch jetzt schon in großen Teilen rechtswidrige, Datensammelwut der BAföG-Ämter zu verzichten.

Als ob es noch nicht reaktionär genug wäre, Pläne zu verfolgen, welche allgemeine Studiengebühren erneut in die gesellschaftliche Debatte und schließlich auch in die Praxis einführen sollen, enthalten diese Pläne aus Baden-Württemberg zudem rassistische Implikationen.

So ging aus einem im letzten Jahr bekannt gewordenen Gutachten der Wissenschaftsministerin hervor, dass internationale Student\*innen nur deswegen zur Zielscheibe wurden, da sie nicht unter das Gleichbehandlungsgebot von EU-Bürgern fallen würden und dass, das elterliche Einkommen im Durchschnitt höher sei, als das deutscher Student\*innen. Letzteres ist ein reines Märchen. So legen häufig ganze Familien in den Herkunftsländern ihr Geld für das Studium ihrer Kinder in Deutschland zusammen. Die Einkommensverhältnisse sind in fast allen Herkunftsländern schlechter. Außerdem bezahlen ausländische Student\*innen bundesweit bereits verschiedenste Gebühren, die nur sie treffen, wie z.B. für die Prüfung ihrer Unterlagen durch 'uni-assist' oder für Sprachkurse und -tests. Sie haben nur im absoluten Ausnahmefall Anspruch auf BAföG, verfügen selten über ein Stipendium und haben es häufig schwer eine Wohnung zu finden. Darüber hinaus dürfen internationale Student\*innen in Deutschland höchstens 120 Tage arbeiten. Kaum genug für 3000 € Gebühren und ein Leben über dem Existenzminimum.

Die Wissenschaftsministerin begründet ihren Schritt mit der falschen Behauptung Student\*innen aus Nicht-EU-Ländern fehle generell und unabhängig von ihrer persönlichen Lage ein Inlandsbezug - insofern würden sie Baden-Württemberg nach ihrem Studium alle auf schnellstem Wege wieder verlassen. Eine Aussage, dessen nützlichkeitsrassistischer Kern nur schwer zu überbieten ist.

Aufgrund all dessen ist es wichtig jetzt den Kampf gegen die sich anbahnende flächendeckende Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren wieder aufzunehmen. Dieser kann nicht darin bestehen nur individuelle Interessen zu verteidigen, sondern bedeutet in der jetzigen Situation Solidarität mit den aktuell Betroffenen und allen zukünftigen Kommiliton\*innen zu üben, sowie gegen die weitere Vermarktlichung des Bildungssystems vorzugehen. Insofern muss der Kampf gegen Studiengebühren auch im Besonderen das Schmieden von Bündnissen über die gesellschaftlich konstruierten Spaltungslinien von (sozialer) Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung oder Geschlecht hinweg bedeuteten.

- Die Student\*innenschaft wird sich (auch) daher an den Bildungsprotesten des kommenden Jahres, insbesondere im Rahmen der Kampagne "Lernfabriken meutern...!", beteiligen.
- Die Student\*innenschaft begreift sich als solidarischen Teil der Bildungsprotestbewegung, übt aktive Solidarität mit den aktuell betroffenen Student\*innenschaften, insbesondere in Baden-Württemberg und unterstützt Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie die jüngste Hörsaalbesetzung in Freiburg.

Der TOP wird geschlossen.

## **TOP 8- Termine**

Es gibt keine Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt.  
Der TOP wird geschlossen.

## **TOP 9- Verschiedenes**

Dorian erhält von Isabell einen Ordnungsruf. Aygün erhält durch Moan einen Ordnungsruf.

Aygün bittet den Vorstand beim nächsten Mal folgende Punkte zu beachten:

Die Änderung der Härtefallordnung soll auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung gestellt werden.

Die 2. und 3. Lesung der Änderung der Geschäftsordnung sollen ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Keine weiteren Anmerkungen.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Die Sitzung wird um 0:14 geschlossen.